

„ STARKER HANG ZUM APPEASEMENT “

Die Fragen stellte
GIULIA WILZEWSKI

Der ehemalige
Bundeswehr-
general *Erich
Vad* kritisiert
Deutschlands
Blauäugigkeit
in Sachen
Terrorismus,
Migration
und hybridem
Krieg

Fotos
DIRK BRUNIECKI

Herr Vad, worin erkennen Sie die derzeit größten Sicherheitsrisiken für Deutschland und Europa?

Erich Vad: Europa steht in einem regelrechten sicherheitspolitischen Stress-test vor allem mit Blick auf die Massenmigration und die europäische Flüchtlingskrise, deren nachhaltige Lösung noch nicht erreicht ist. Auch die europäische Schuldenkrise ist keineswegs bewältigt, und unser gespanntes Verhältnis zu Russland ist noch nicht zufriedenstellend geregelt. Der Konflikt im Osten der Ukraine läuft weiter, ebenso die Finanzkrise Griechenlands. Die USA sehen nicht mehr die Sicherheit Europas, sondern den asiatisch-pazifischen Raum als ihren strategischen Schwerpunkt an. Gleichzeitig ist Europa massiv mit dem islamistischen Terror konfrontiert – wie man jüngst in Brüssel und im vergangenen Jahr an den beiden großen Anschlägen in Paris gesehen hat. Zudem wird Europa auch durch die laufende Migration sicherheitspolitisch sehr viel stärker in die Problemlage des Mittleren Ostens hineingezogen, nicht nur in Syrien.

Wie beurteilen Sie das sicherheitspolitische Projekt Europas?

Wir können in der heutigen sicherheitspolitischen Landschaft in Europa Innen- und Außenpolitik nicht mehr voneinander trennen. Das sieht man vor allem bei der Konfrontation mit dem „Islamischen Staat“. Hier haben wir es auch mit dem neuen Phänomen von Wanderungsbewegungen von Terroristen zu tun. Es gibt Rückkehrer, die mit unterschiedlichen Erfahrungen zurückkommen. Und solche, die im Zuge der Migration nach Europa potenzielle Akteure des IS-Terrorismus sind. Insofern steht

die europäische Flüchtlingskrise in einem engen Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus, zumal die Mehrzahl der Migranten junge muslimische Männer sind. Einigen der Migranten wird eine vollständige Integration in unsere westliche Gesellschaft nicht gelingen, man muss davon ausgehen, dass sie nicht in jedem Fall perfekt verläuft. Genau dadurch steigt das Rekrutierungspotenzial für künftige Terroristen in Europa, und wir haben aufgrund der Zuwanderung das Problem potenzieller Täter inmitten unserer Gesellschaften. Das ist keine gute Perspektive.

Wie sollten wir die Lösung der europäischen Massenmigration angehen?

Das Gute an der muslimischen Massenmigration nach Europa und dem militanten Islamismus gegen Europa besteht darin, dass wir bestimmten Fragen nicht mehr ausweichen können und sie beantworten müssen: Was ist unsere Leitkultur? Wie viel Zuzug wollen wir? Wofür stehen wir? Was wollen wir nicht? Wie integrieren wir wen und zu welchem Zweck? Wie muss der Islam geschaffen sein, dass er zu uns gehört? Wie sichern wir unsere Grenzen? Wie verhindern wir soziale Unruhen? Wie erhalten wir die Offenheit und Toleranz unter den Bedingungen des Islamismus? Und wie formieren wir uns? Wie erzeugen wir Resilienz in unseren Gesellschaften – also eine freiheitliche Widerstandsfähigkeit, die eine übersteigerte Angst verhindert und die Freiheit unseres Gemeinwesens zum Erliegen bringt? Das sind zentrale Fragen, vor deren Beantwortung wir stehen. Dazu brauchen wir sicherlich ein ganzheitliches europäisches Sicherheitskonzept sowie den



Erich Vad

Jahrgang 1957, ist Historiker sowie Brigadegeneral a. D. des Heeres. Von 2007 bis 2013 war er auf herausgehobener Stelle in der außen- und sicherheitspolitischen Abteilung des Kanzleramts tätig

Schutz der EU-Außengrenzen auch mit militärischen Mitteln. Die Europäer haben mehr als zwei Millionen Soldaten in ihren Kasernen. Warum lösen wir also nicht mit einem zivilmilitärischen Gesamtansatz das Problem der Sicherheit unserer Außengrenzen?

Was kritisieren Sie an der derzeitigen Sicherheitspolitik?

Der ehemalige Außenminister Joschka Fischer hat es einmal auf den Punkt gebracht: Europa sei alt, reich und schwach. Papst Franziskus hat sich in ähnlicher Weise geäußert, und beide haben in gewisser Weise recht. Mit Blick auf die europäische Flüchtlingskrise fehlt jede Solidarität der europäischen Mitgliedsländer. Dazu kommt eine ganz unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung. Polen beispielsweise ist sehr stark auf Russland fokussiert, während die europäischen Mittelmeeranrainer sicherheitspolitisch in Richtung Süden orientiert sind. Die Migrationsbewegung vom vergangenen Jahr ist erst ein kleiner Anfang dessen, was noch kommen wird. Wir haben eine Zwischenlösung erreicht über die Türkei und dank der Initiative von Ländern auf dem Balkan den massiven Zustrom über die Balkanroute eingengt. Allerdings verbunden mit schlimmen Bildern, vor allem an der mazedonisch-griechischen Grenze. Ich kann die derzeitige Situation nicht als europäische Lösung ansehen, weil sie nicht nachhaltig ist, weil sie uns von der Türkei in hohem Maße abhängig macht und weil sie die unkontrollierte Migration an einzelne Länder wie Griechenland und Mazedonien regelrecht abdrückt. Das ist wenig solidarisch und eher heuchlerisch, weil wir davon profitieren, aber gleichzeitig die betroffenen Länder und die Nationalisierung des Grenzregimes kritisieren. Das ist auf Dauer kein Zustand.

Was schlagen Sie vor?

Wir brauchen ein Sicherheitskonzept für den gesamten EU-Raum. Dazu gehört mit Blick auf die erst im Anfangsstadium befindliche Migration eine viel engere Zusammenarbeit mit den nordafrikanischen Staaten – gerade im Sicherheitsbereich. Der Schutz Europas vor

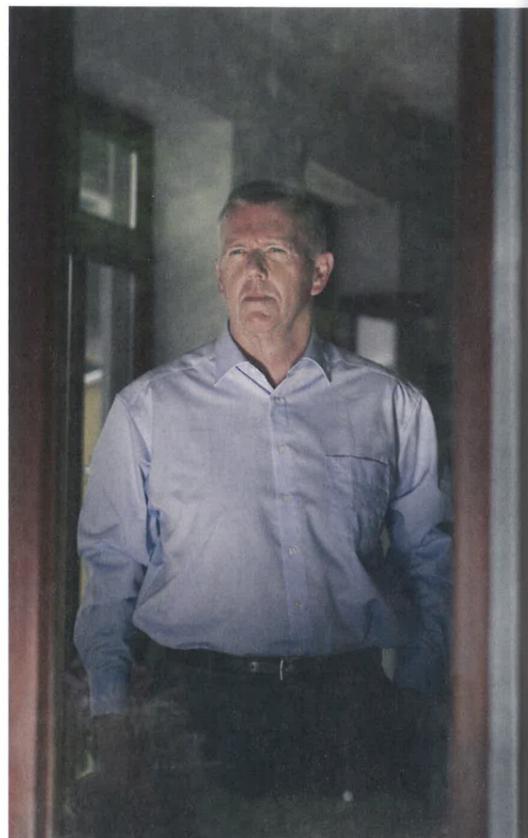
„Es besteht eine sehr starke Verbindung zwischen islamischem Terrorismus und der Migrationskrise“



unkontrollierter Migration darf nicht erst an der mazedonischen Grenze, sondern muss bereits an der nordafrikanischen Gegenküste Europas beginnen. Wir müssen vor allem baldmöglichst Libyen stabilisieren und die 5000 bis 6000 IS-Kämpfer, die sich dort an der Sizilien gegenüberliegenden Küste bereits aufstellen, neutralisieren. Hier haben wir nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Wir sollten über die Aufstellung einer europäischen Grenzschutztruppe nachdenken und eine zivilmilitärische Mission zum Grenzschutz der EU und zur Unterstützung betroffener Länder ins Leben rufen.

Sind wir auf die neuen Formen hybrider Konfliktszenarien gut genug vorbereitet?

Wir haben es mit einem sehr starken inneren Zusammenhang zwischen dem islamistischen Terrorismus und der Migrationskrise zu tun, hinzu kommen Cyberterrorismus, Energiesicherheit sowie die Digitalisierung. Die laufende Migration ist ein digitales Phänomen, weil die Migranten sich selbst digital steuern



und digital miteinander kommunizieren, während wir Europäer mit prädigitalen Maßnahmen, zum Beispiel Zäunen und Grenzen, versuchen, uns dem Phänomen zu nähern. Das entspricht nicht unseren technischen Möglichkeiten. Wir müssten stärker in die digitale Welt einsteigen und auch in diesem Bereich mehr für die Sicherheit Europas tun. Die neuen Formen von Sicherheitsproblemen sehe ich vor allem im Cyberbereich, aber auch in der Information, der Aufklärung, der Präzision, der Robotik, der Bionik und der Nanotechnologie. Eine neue Art von Konflikten ist der hybride Krieg. Das ist ein neues Phänomen, das die Russen bekanntlich im Osten der Ukraine und auf der Krim völkerrechtswidrig durchgezogen haben und das ursprünglich die Hisbollah 2006 gegenüber Israel angewandt hat. Die Nato hat darauf reagiert, aber nicht so, wie man es müsste. Wir brauchen für die neuen hybriden Sicherheits Herausforderungen auch hybride Antworten. Und die haben wir im Moment nicht, zumindest keine zufriedenstellenden. Ich denke, das wird auch ein Thema sein auf dem Nato-Gipfel in Warschau Anfang Juli.

Was bedeutet diese Form der hybriden Konfliktaustragung genau?

Territorien werden heute nicht mehr klassisch mit Panzern besetzt, wie wir es aus der Geschichte kennen, sondern man schafft, wie die Russen es auf der Krim gezeigt haben, mit paramilitärischen irregulären Kräften vollendete Tatsachen. Und das oft ohne Hoheitsabzeichen im Zusammenhang mit verdeckt operierenden eigenen Militärkräften und dem Geheimdienst. Zusätzlich laufen Cyberangriffe und parallel eine beschwichtigende und gleichzeitig verlogene Diplomatie und Medienarbeit.

Was können wir dagegen tun?

Wir brauchen in unseren freien, offenen und demokratischen Gesellschaften mehr Resilienz und Widerstandsfähigkeit gegen diese neuen Formen der Gewalt. Der Widerstand gegenüber diesen hybriden Formen der Gewalt beginnt in den Köpfen. Da sind Europa und insbesondere Deutschland nicht optimal

aufgestellt. Wir haben einen sehr starken Hang zu Appeasement und zum Pazifismus in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Gefahr ist hoch, dass uns jeglicher rationale Gefahrensinn abhandenkommt und wir alle Probleme ohne Gewalt lösen möchten. Das wissen die modernen Opponenten und testen uns aus. Ostentativer Pazifismus und Postheroismus können bestimmte autokratische Regime und Opponenten einladen, uns mit ihren Konfliktformen zu überziehen, weil sie Widerstandsunfähigkeit signalisieren. Wir müssen signalisieren, dass das nicht möglich ist, und zwar im Gesamtspektrum unserer Sicherheit.

Haben sich die internationalen Machtverhältnisse verschoben?

Wir haben es mit einer Diversifizierung internationaler Machtverhältnisse zu tun. Henry Kissinger spricht von einer „neuen Weltordnung“, und in der Tat ist die internationale Ordnung aus den Fugen geraten. Die Vereinigten Staaten sind in wirtschaftlicher, militärischer, wissenschaftlicher, technologischer, demografischer, geografischer und kultureller Hinsicht eine Weltführungsmacht, obwohl diese Rolle weniger stark wahrgenommen wird. Da sich der strategische Fokus der USA von Europa auf den pazifischen Raum verlagert hat, muss Europa im sicherheitspolitischen Bereich viel mehr Führungsstärke zeigen und übernehmen – was aber nicht der Fall ist. Deutschland verweigert sich sehr stark, was geopolitisch auf die Dauer fatal ist. Wir haben es mit neuen sicherheitspolitischen Akteuren zu tun, wie etwa dem Iran, der Türkei und Russland. Der große Herausforderer des Westens aber ist China. Es gibt jede Menge Spannungen zwischen China und seinen Nachbarländern, und China lässt sich vom Containment der USA nicht einengen. Es expandiert machtpolitisch sehr stark auch in den eurasischen Raum und versucht regelrechte chinazentrierte Wirtschaftskorridore durch Eurasien nach Europa vorzuschieben. Die Chinesen sind auch dabei, Gegenmodelle zur westlich liberalen Weltordnung aufzubauen. Europa muss aufpassen, dass es aufgrund dieser ganzen geopolitischen Verschiebungen weltweit nicht ins



Brain City | **berlin** Berlin

Brain City – der Wissenschaftsmetropole
Berlin ein Gesicht
geben.

berlin-sciences.com
#braincityberlin

berlin Partner
für Wirtschaft und Technologie



Hintertreffen gelangt und zu einem Appendix einer künftig von China geprägten Ordnung wird. Dafür brauchen wir ein einiges, starkes Europa.

Ist Deutschland willens, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen?

Nein, Deutschland ist im Moment nicht willens, sicherheitspolitische Führung in und für Europa zu übernehmen. Das sah man sehr deutlich in den vergangenen Monaten und Jahren. Die Bundeskanzlerin hat das Krisenmanagement gegenüber Russland im Zuge der Ukraine Krise mustergültig vorexerziert. Berlin war der Vorreiter, Paris wurde mitgenommen, was politisch sehr klug ist. Gleiches galt auch bei der europäischen Schuldenkrise und der Finanzkrise Griechenlands – hier kamen die Takte und die Vorgaben sehr stark aus Berlin. Es wurde Führungsstärke gezeigt, manifestiert durch die Vorgehensweise der Kanzlerin. Im Zuge der Syrienkrise wanderte

„Vor allem Deutschland muss am Zustand seiner Streitkräfte massiv arbeiten“

der Ball nach Paris, und es war François Hollande, der letztlich die europäische sicherheitspolitische Solidarität einforderte. Berlin hielt sich zurück und ist in diese alte, überholte „Kultur der Zurückhaltung“ ausgewichen. Vor allem fehlte mir die sicherheitspolitische Führung, die wir im finanz- und wirtschaftspolitischen Bereich mustergültig geleistet haben. Hier muss man umdenken.

Welche Erwartungen haben Sie an den Nato-Gipfel in Warschau im Juli?

Das große Thema des Gipfels wird sein, wie man die sichtbare Spaltung der Nato in die nördlichen und südlichen Mitgliedsländer verhindert. Hier geht es vor allem um die unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen. Es kommt darauf an, alle zusammenzuführen und eine gemeinsame Antwort auf das Agieren Russlands zu finden. Ich halte aber nichts davon, die Nato-Russland-Grundakte infrage zu stellen. Aber wir müssen eine starke militärische Antwort finden, die verhindert, dass Russland in Zukunft ermutigt sein könnte, sein gezeigtes Vorgehen in der Ukraine und auf der Krim auf die baltischen Staaten zu übertragen. Die Mitgliedstaaten der Nato fordern dazu mit Recht Maßnahmen ein, und das wird auch den Kern des nächsten Nato-Gipfels bilden.

Ist die Nato überhaupt noch relevant?

Die Nato bleibt eine internationale Organisation, die für die europäische Sicherheit von essenzieller Bedeutung ist, weil Nordamerika und Europa in einem Bündnis sind. Wir haben zusammen nicht nur einen der größten Wirtschaftsräume der Erde, sondern auch einen durch die Nato garantierten gemeinsamen Sicherheitsraum. Wichtig ist, dass wir Europäer – bedingt durch die Fokusverschiebung Amerikas auf den Fernen Osten – viel mehr für unsere Sicherheit tun müssen. Es kann nicht sein, dass auf Dauer 60 bis 70 Prozent unserer Streitkräfte für hochkomplexe militärische Operationen nicht einsetzbar sind und dass unsere Verteidigungsbudgets heruntergefahren werden. Vor allem Deutschland muss am Zustand seiner Streitkräfte massiv arbeiten. ●

Cicero

N°06
JUNI
2016
€ 9,00
CHF 11

Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

Cicero-Serie
**GEHÖRT DER
ISLAM ZU
DEUTSCHLAND?**

Teil 1:
Bassam Tibi

Osterreich: 10,00 €; Benelux: 9,90 €; Italien: 9,90 €; Spanien: 9,90 €; Finnland: 13,00 €

Flurschaden

Der Aufstand gegen die Windkraft

